

Die Akzeptanz verbessern

Interview mit Landesplanungsminister Alex Bodry

"forum": Herr Minister, ab 1992 wird die Landesplanung ein eigenständiges Ministerium bekommen. Was heißt das konkret für diesen Politikbereich?

Alex Bodry: Landesplanung wurde bisher auf Regierungsebene durch eine Minizelle durchgeführt. Es war lange Zeit nur eine Person, jetzt sind es vier, die in dieser Abteilung beschäftigt sind.

Bisher war die Landesplanung immer einem anderen, wichtigeren Ressort, in der Regel den Finanzen, beigeordnet und, ohne das Verdienst der wenigen dort Arbeitenden schmälern zu wollen, muß man klar zugeben, daß Landesplanung auf Regierungsebene noch nicht die Bedeutung hat, die ihr zukommen müßte. Wobei ich aber hinzufügen möchte, daß Landesplanung, vom Begriff her, sich nicht beschränken darf auf die Politik eines Ministeriums oder einer Verwaltung. Landesplanung - und das nicht nur auf Regierungsebene - wird gemacht in den einzelnen Verwaltungen und auf kommunaler Ebene. Es reicht nicht zu sagen: jetzt haben wir ein Ministerium für Landesplanung und jetzt läuft alles von alleine. Auf der Ebene des Staates müssen die großen Linien, muß

der Rahmen festgelegt werden, aber wie dieser Rahmen dann ausgefüllt wird, das passiert auf ganz anderen Ebenen.

Die Schaffung des Ministeriums hat in erster Linie einen symbolischen Wert. Politisch wird die Landesplanung dadurch aufgewertet und ich würde die Kraft dieses Symbols so hoch einschätzen, daß auch künftige Regierungen nicht an der Landesplanung als "acquis politique" vorbeikommen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß in absehbarer Zukunft die Landesplanung wieder zu einem Anhängsel eines anderen Ministeriums degradiert werden könnte. Hier wird vielleicht ein ähnlicher Akzent gesetzt wie 1984 mit der Schaffung des Ministeriums für Umwelt. Es gab schon seit den 70er Jahren einen Umweltminister, aber ein Umweltministerium gibt es erst seit 1984. Und so, wie es seit den 70er Jahren immer einen Minister gab, zu dessen Zuständigkeiten die Landesplanung gehörte, so wird es ab dem 1. Januar 1992 ein "Ministère de l'Aménagement du Territoire" geben. Wir sollten aber auch profitieren von einem derartigen Neuanfang, um uns auszubauen. Neben dem Etikett muß auch der Inhalt aufgewer-

tet werden durch eine Aufstockung des Personals, so daß in den kommenden Jahren in diesem Ministerium an die 9-10 Leute arbeiten werden. Auf den ersten Blick scheint das wenig, aber andere Ministerien hier im Lande haben nicht mehr Personal.

"forum": Mit welchen Kompetenzen werden diese Leute ausgestattet sein?

Alex Bodry: Der Grundstock, etwa die Hälfte, werden Akademiker sein, denn es handelt sich in der Hauptsache um konzeptionelle Arbeit. Ein Teil werden wohl mehr technisch ausgebildete Leute sein, damit nicht so oft auf Drittpersonen zurückgegriffen werden muß, z.B. bei graphischen Arbeiten. Ich betrachte dies als eine erste Etappe, aber eine so zusammengesetzte Gruppe kann schon effiziente Arbeit leisten.

Aber etwas anderes scheint mir wichtiger, nämlich daß die Landesplanung als solche, als Idee, als Anliegen akzeptiert wird. Da sehe ich das größte Problem. Landesplanung impliziert für andere Stellen, seien es Ministerien oder Verwaltungen, Gemeinden oder Privatpersonen, gewisse Zwänge, die akzeptiert werden müssen. Denn Landesplanung beinhaltet ja auch gewisse Visionen der Zukunft und bringt für die Gegenwart Beschränkungen mit sich.

"forum": Krank die Durchsetzung der Landesplanung nicht daran, daß sie keine Gesetzeskraft besitzt. Ich denke an die Regionalpläne, die ausgearbeitet wurden...

Alex Bodry: Das Gesetz von 1974 zur Landesplanung gibt uns ein paar Interventionsmöglichkeiten an die Hand. Dieses Gesetz ist allerdings verbesserungswürdig und ich werde noch bis zum Ende dieses Jahres der Regierung einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag unterbreiten. Der Staat hat zwar schon jetzt Handlungsmöglichkeiten. Aber störend an diesem Gesetz ist der dirigistische Ansatz. Man muß sehen, daß hier ein Akzeptanzproblem besteht. Neben Strukturen legt das Gesetz Mechanismen fest, die es dem Staat erlauben, einen gewissen Zwang auszuüben - und in letzter Instanz muß es solche Mechanismen für einen Staat geben -, beispielsweise kann über Règlement grand-ducal in bestehende Bauungspläne der Gemeinden eingegriffen werden.

"forum": Sind diese Interventionsinstrumente schon genutzt worden?

Alex Bodry: Sie sind schon genutzt worden und auf der Grundlage der bestehenden Texte sind wir schon mit Projekten befaßt. Ein Beispiel in den 70er Jahren war der "plan sectoriel" über die nationalen Industriezonen. Es gibt das Beispiel des Geländes um den Flughafen herum, dessen "plan d'aménagement" sich über mehrer Gemeinden erstreckt. Ein weiteres Beispiel ist Haff Réimech. Bei diesem "plan d'aménagement" sind auch 2 Gemeinden betroffen, mit einem Naturschutzgebiet als Kernzone. Wegen der mangelnden Akzeptanz war und ist dieses Dossier mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

"forum": Wo liegen die Gründe dieser mangelnden Akzeptanz bzw. was muß anders laufen, damit eine bessere Akzeptanz erreicht wird?

Alex Bodry: Wegen des Akzeptanzproblems wollen wir das Gesetz von 1974 ändern. Bevor wir die Ausführungspläne und die Regionalpläne konkret in Angriff nehmen, müssen Debatten geführt werden über die Zielvorstellungen der Landesplanung und die Entwicklungsrichtung des Landes insgesamt. Das "Programme directeur", das als Instrument schon vorliegt, aber das kaum jemand kennt, muß aus den Schubladen des Ministeriums heraus, damit öffentlich diskutiert werden kann über die Fragen: Wo steuert Luxemburg hin? Was wollen wir aus Luxemburg in den nächsten 10 bis 20 Jahren machen? Diese Diskussion wurde bisher in Luxemburg nicht geführt, sie ist aber unerlässlich, bevor man an die Ausführungsbestimmungen geht. Und obwohl diese Leitlinien im "Programme directeur" offiziell festgelegt wurden, ist nie öffentlich darüber diskutiert worden. Wenn das neue Gesetz vorliegt, muß mit dieser Diskussion begonnen werden. Es liegen genug Studien und Materialien zur Grundlegung einer Diskussion vor. In diese Debatte müssen alle "forces vives" der Nation einbezogen werden, angefangen bei der Abgeordnetenversammlung, die bislang nie in dieser Phase mit Landesplanung befaßt gewesen ist. Das Gesetz von 1974 muß so umgeschrieben werden, daß schon in der Vorphase, wenn die großen Leitlinien festgelegt werden, öffentlich diskutiert und in der Abgeordnetenversammlung abgestimmt werden muß. Danach erst können die sektoriellen und regionalen Planungen in Angriff genommen werden.

Wir müssen einen Neuanfang machen, wobei wir nicht bei Null anfangen, es gibt bereits mehrere Projekte, aber wegen des Arbeitsmechanismus, der bislang gültig war, hinken die Projekte für die Regionalpläne oft der realen Entwicklung hinterher, das Material steht nicht zur Verfügung ...

Um ein Beispiel zu geben: Der Entwurf des Regionalplans Nord, der vor der Fertigstellung steht, fußt teilweise auf veralteten Daten, beispielsweise der Volkszählung von 1981; die neue konnte noch nicht eingearbeitet werden etc. Das ist ein allgemeines Problem der Landesplanung, sie beruht auf zahlreichen und vielseitigen Daten, die beschafft und verarbeitet werden müssen. In diesem Bereich setzen wir große Hoffnungen auf die Informatisierung, die es erleichtert, jederzeit die verschiedenen Daten, über die der Staat verfügt, miteinander zu verknüpfen.

"forum": Kommen wir nochmal zurück zum Problem des Fehlens einer Debatte über Landesplanung und die mangelnde Akzeptanz für konkrete Projekte. Kann man daraus nicht den Schluß ziehen, daß hierzulande keiner ein wirkliches Interesse an Landesplanung hat? Oder grundsätzlich gefragt: Wozu brauchen wir überhaupt Landesplanung?

Alex Bodry: Es wird mehr als Schlagwort benutzt. Wenn irgendwo etwas nicht klappt, wird auf die fehlende Landesplanung verwiesen. Keiner weiß so richtig, was sich hinter diesem Begriff verbirgt und wie das in der Praxis funktionieren soll. Es ist auch klar, daß jede staatliche oder öffentliche Stelle, die für einen bestimmten Bereich kompetent ist, sich ungern Fesseln anlegen läßt. Das ist ein wichtiges Hindernis. Andererseits ist es wichtig, daß eben diese Stellen erkennen, daß sie Teil eines zusammenhän-

Landesplanung impliziert für andere Stellen, seien es Ministerien oder Verwaltungen, Gemeinden oder Privatpersonen, gewisse Zwänge, die akzeptiert werden müssen.

Der Zusammenhang zwischen der Einschränkung individueller Freiräume und der Verbesserung der Lebensqualität für alle ist ein springender Punkt für eine erfolgreiche Landesplanungspolitik.

genden Ganzen sind und ihre Probleme nicht allein und damit vielleicht auf Kosten eines anderen oder durch bloße Verschiebung lösen dürfen.

Die Konzertierung zwischen den einzelnen staatlichen Stellen haben wir bereits angeleiert durch den "Comité interministériel de l'Aménagement du territoire", den wir vor 2 Jahren wieder neu lanciert haben, und der neu zusammengesetzt worden ist und in dem gute Arbeit geleistet worden ist. Dort arbeiten verschiedene Untergruppen an einzelnen Dossiers, dort soll der Informationsfluß laufen, damit jeder weiß, was bei dem anderen läuft. Es ist in Luxemburg nicht alles so überschaubar, wie das oft behauptet wird.

"forum": Angesichts der aktuellen Entwicklung muß man aber auch fragen, ob nicht schnell gehandelt werden muß. Z.B. die Anzahl der Golfplätze hier im Lande, von der die Regierung sagt, daß wir 4 bis 5 solcher Einrichtungen vertragen könnten, was im Vergleich zum Ausland sehr viel ist. Dort heißt es, ein Golfplatz pro einer Million Einwohner, um über ein genügendes Potential an Golfinteressierten zu verfügen. Außerdem sagt die Regierung, daß Promotoren auf eigenes Risiko zusätzliche Golfplätze einrichten dürfen. Von daher ist eine gewisse Dringlichkeit in Sachen Raumplanung geboten.

Alex Bodry: Ich glaube, das Problem der Golfplätze wird sich von alleine lösen, dadurch, daß die Wirtschaftlichkeit Grenzen setzt...

"forum": Ja, aber es gibt noch andere Beispiele wie etwa Winseler Stausee....

Alex Bodry: Allerdings fehlt uns zur Zeit ein Instrument, um die Golfplätze zu verbieten. In meiner Eigenschaft als Umweltminister (bei den betreffenden Geländen handelt es sich um "zones vertes") habe ich versucht, die Promotoren abzuschrecken, indem ich ihnen klar machte, daß ihre Projekte derartige Eingriffe in die Natur bedeuten, denen der Umweltminister nicht zustimmen kann. Andere Projekte wurden drastisch verändert, z.B. kein Errichten von neuen Gebäuden mehr, so daß ich am Ende meine Zustimmung nicht mehr verweigern konnte.

Was man natürlich auch oft hört, besonders im Kontext des Projektes Haff Réimech, ist der Verweis auf die Pleite der Planwirtschaft...

"forum": Dann ist es aber notwendig auf die demokratische Legitimierung hiesiger Planung hinzuweisen und, vor allem, diesen demokratischen Anspruch auch wirklich einzulösen.

Alex Bodry: Der Zusammenhang zwischen der Einschränkung individueller Freiräume und der Verbesserung der Lebensqualität für alle ist ein springender Punkt für eine erfolgreiche Landesplanungspolitik, der bessere Chancen hat, erkannt und akzeptiert zu werden, wenn die Diskussion über Landesplanung von Anfang an so breit wie möglich und mit so vielen wie nur möglich geführt wird. Akzeptanzprobleme wird es weiterhin geben, aber unter diesen Bedingungen lassen sie sich auf ein erträgliches Minimum reduzieren. Die Erklärungs- und Vermittlungsprozeduren, die dadurch entstehen beanspruchen natürlich viel Zeit...

"forum": Wäre es in diesem Zusammenhang nicht wichtig, daß zum Personal des neuen Ministeriums ausreichend politische Beamten gehören, die in der Lage sind diese Diskussionen draußen auf dem Terrain zu führen?

Alex Bodry: Das neue Ministerium wird in der Tat zwei Personalarten bekommen, Techniker und solche, die draußen das landesplanerische Anliegen vermitteln und den Betroffenen als Gesprächspartner zur Verfügung stehen..

"forum": Wäre es nicht wichtig, um die Akzeptanz zu erhöhen bzw. die Diskussion überhaupt erstmal in Gang zu bringen, daß bei konkreten Projekten auch immer Alternativkonzepte zur Verfügung stehen? Ich denke an Projekte wie "Drei Eicheln" oder Winseler Stausee. Warum werden beispielsweise beim Museumsprojekt nicht von vornherein Alternativstandorte in Betracht gezogen und zur Diskussion gestellt?

Alex Bodry: Ich sehe ein, daß es sich manchmal zu leicht gemacht wird, aber das ist ein Aspekt des allgemeinen Problems des Politikers, der in der Regel in kurzen, an Wahlen orientierten Zeiträumen denkt, während Beamte oder nicht direkt am Entscheidungsprozeß Beteiligte nicht unter einem derartigen Zeitdruck stehen. Der Druck zum schnellen Handeln wird durch die öffentliche Meinung eher noch verstärkt. Ein oft erhobener Vorwurf lautet: es geht nicht schnell genug! Oder ein ähnlicher Vorwurf, der vornehmlich dem Umweltministerium gemacht wird, es würden nur Studien gemacht, es würde zu viel geplant und zu wenig Konkretes unternommen. Irgendwann müssen die Entscheidungsträger sich natürlich festlegen, aufgrund des genauen Abwägens von für und wider und sie können nicht durch ständig neue Alternativvorschläge eine Entscheidung hinausschieben. Es ginge nicht schnell genug, ist auch ein Vorwurf der gegenüber den Kommodo-Inkommodo-Prozeduren erhoben wird, obwohl sie nicht länger sind als im Ausland üblich. Oft wird hierzulande gemeint, weil die Distanzen geringer sind, müßten auch die Sachlagen weniger komplex sein. Das stimmt aber nicht.

Zugeben muß ich, daß bei den wenigsten Projekten an die Konformität mit den landesplanerischen Richtlinien gedacht wird, aber das liegt meines Erachtens daran, daß keine bindenden Richtlinien vorliegen. Die allgemeinen Richtlinien, in der Form von dicken Schmöckern, verschwinden in den Schubladen. Allerdings muß man sich bewußt sein, daß eine solche Berücksichtigung landes- und raumplanerischer Aspekte auf Kosten der Schnelligkeit der Prozedur geht.

"forum": Wie ist die Zusammenarbeit, die Koordination mit anderen Ressorts? Ein Bereich, wie "développement rural", der zur Zeit zu den Attributionen des Landwirtschaftsministers gehört, hat mit Landesplanung zu tun. Der Bereich Urbanismus befindet sich beim Minister für Wohnungsfragen etc.

Alex Bodry: Ich sage es frei heraus, "développement rural", das eine Neuschaffung dieser Regierung ist, gehört meiner Meinung nach der Landesplanung zugeordnet, es sollte eine Untersektion der Landesplanung sein.

Urbanismus ist jetzt gekoppelt mit dem Wohnungsbau, was auch nicht falsch ist.

"forum": Um meine Frage zu präzisieren: Sind Sie denn als Landesplanungsminister hinzugezogen worden bei den großen Wohnungsneubauprojekten des Wohnungsbauministeriums. Schließlich enthält der "plan directeur" Richtlinien betreffend die Art der Besiedlung, die Dichte etc.

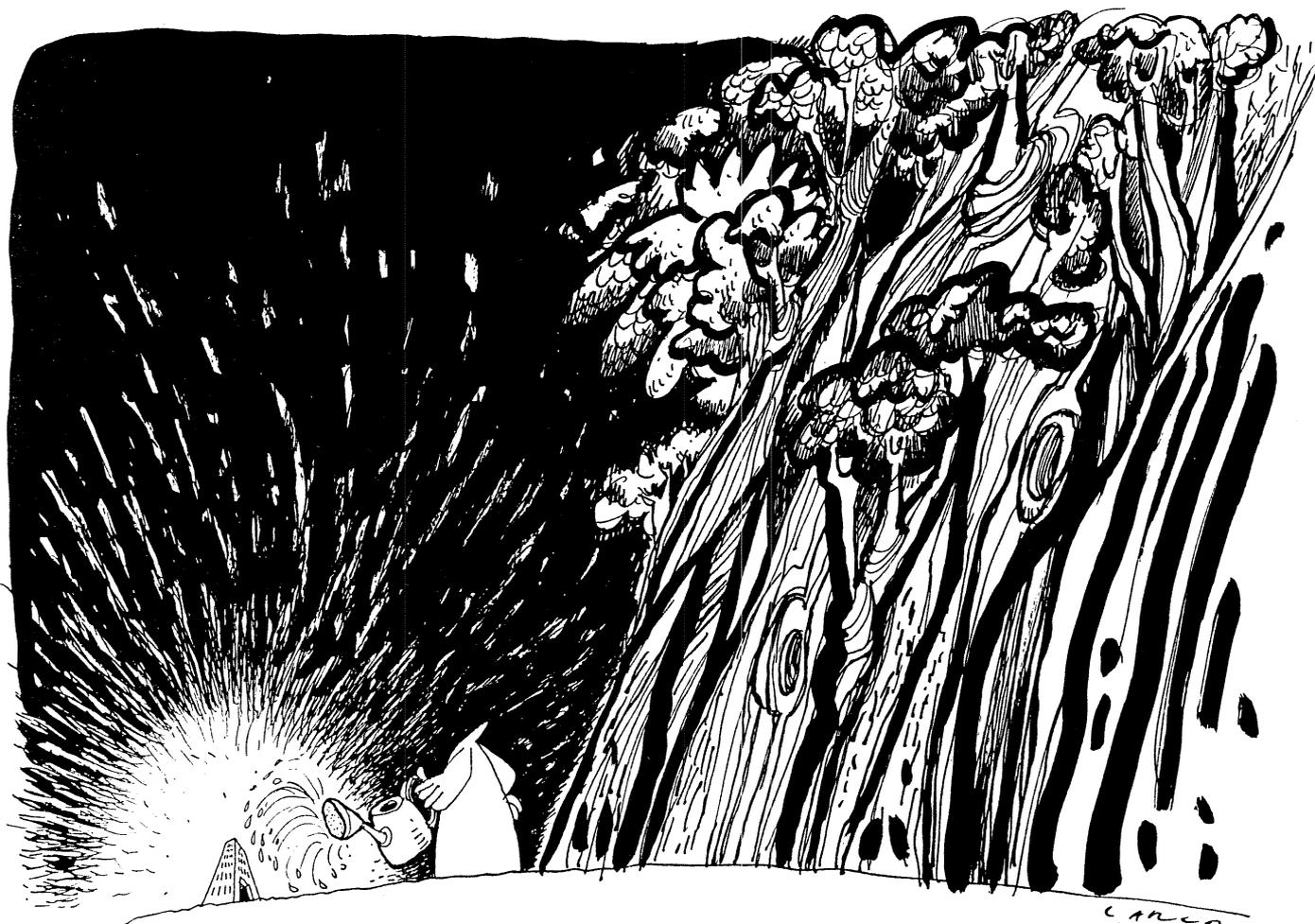
Alex Bodry: Die Raumplanung war nie mit diesen Prozeduren befaßt. Außerdem war die Besetzung viel zu klein, um das alles zu bewältigen. Und auch, wenn es jetzt ein eigenes Ministerium wird, darf es kein Superministerium werden. Denn, falls man die Überlegungen so weit spannt, wie Sie es tun, kommt man zum Schluß, daß alles mit Landes- und Raumplanung zu tun hat, Straßenbau, sämtliche Infrastrukturen...

Deshalb wiederhole ich in diesem Zusammenhang, was ich immer in bezug auf die Umwelt sage: Ideal wäre es, wenn ein Umweltministerium überflüssig wäre, weil jeder einzelne Sektor den Umweltgedanken voll und ganz berücksichtigt.

"forum": Aber so weit sind wir ja noch nicht. Wir sind mal nicht so weit, daß die Landesplanung ein nennenswertes politisches Gewicht gegenüber den anderen Bereichen hätte. Schließlich bezieht die Landesplanung sich auf das Ganze, stellt einen Gesamtrahmen dar, innerhalb dessen die einzelne Strasse, das einzelne Wohngebiet oder die einzelne Industriezone etc. erst einen Sinn kriegt.

Alex Bodry: Das ist klar. Es ist mein Anliegen, daß gemerkt wird, daß Landesplanung nicht etwas Abstraktes, rein Theoretisches ist, das sich auf die Herstellung von Studien beschränkt. Im Augenblick sind wir zwar sehr mit Aufbauarbeiten, dem neuen "programme directeur" etc. befaßt, aber parallel ist es wichtig, daß die sektoriellen Pläne weiterlaufen und nächstes Jahr fertiggestellt werden. Zu nennen wäre der 2. sektorielle Plan für Industriezonen, sowohl nationale als auch regionale. Es sollen keine neuen kommunalen Industriezonen mehr zugelassen werden. Neue regionale und nationale sollen ausgewiesen werden und dann soll ein Stopp für kommunale Zonen verhängt werden, um zu verhindern, daß die Kommunen sich rechts und links mit Industriezonen verschandeln. Sie sollen gezwungen werden sich zusammenzutun. So lange hier keine verbindlichen Richtlinien vorliegen, bleibt der Druck der einzelnen Gemeinden zur Einrichtung von kommunalen Industriezonen, und solange man keine Alternativen anbieten kann, bleibt dieser Druck bestehen. Deshalb scheint es mir von besonderer Dringlichkeit, um flächendeckend für die nächsten 10 Jahre hier verbindliche Klarheit zu schaffen. Das kann durchaus gekoppelt sein mit einer Reklassierung bestehender Industriezonen. Neben neuen Industrien, für die man Platz vorsehen muß, herrscht im Augenblick vor allem ein großer Druck auf die mittelständischen und kleinen Handwerksbetriebe, um aus den Wohngebieten rauszukommen. Andererseits muß man wiederum aufpassen, daß es dabei nicht zu einem allzugroßen Landverbrauch kommt, d.h. in erster Linie müssen bestehende Industriezonen genutzt werden.

Carlo Schmitz



Der andere sektorielle Plan, an dem wir arbeiten, ist die Ausweisung der Naturschutzgebiete, mit der wir in den letzten 10 Jahren nur langsam vorangekommen sind. Parallel dazu müßte man einen "plan sectorielle" aufstellen für die Gebiete, die der Mouvement Ecologique mal Tabuzonen genannt hat. Zweck eines solchen Planes wäre es, Gebiete, die unter Naturschutzaspekten besonders wertvoll sind, einzufrieren.

"forum": Um das auf Gemeindeebene durchzusetzen, müßte es Gesetzeskraft haben...

Alex Bodry: Die sektoriellen Pläne sollen Gesetzeskraft bekommen. Das wird natürlich zu großen Diskussionen führen, die wir vorbereiten müssen, und die Gemeinden müssen im Vorfeld informiert werden. Es ist halt wichtig, daß wir hier einen Punkt setzen und obwohl wir versuchen die Prozedur der Ausweisung von Naturschutzgebieten zu beschleunigen, kommen wir zur Zeit nur langsam vom Fleck. Ich hoffe, daß wir dieses Jahr noch drei definitiv ausweisen werden, aber mit dem bisherigen Rhythmus von 2 pro Jahr werden wir höchstens einen Rhythmus von 4-5 pro Jahr schaffen. Weil das so langsam geht, ist es wichtig, daß wir über einen "plan sectoriel", der Verbindlichkeit besitzt für kommunale Bebauungspläne, bestimmte Situationen einfrieren.

"forum": Soll das parzellenscharf geschehen?

Alex Bodry: Das muß parzellenscharf sein. Das Gesetz, auf dem die Prozedur beruht, ist das Landesplanungsgesetz von 1974, nach dem auch die Industriezonen ausgewiesen werden. Das muß parzellenscharf gemacht werden und kann deshalb nicht von

heute auf morgen über die Bühne gehen, beim Katasteramt müssen die Parzellennummern recherchiert werden etc. Aber für mich geht es darum, daß neben der mehr intellektuellen Arbeit am Gesamtkonzept für das Land auch parallel konkrete Akzente gesetzt werden bei sensiblen, dringlichen Sachlagen und wo Mißstände entstehen würden, wenn man sich an die normalen Prozeduren halten würde. Es liegen zahlreiche Anträge von Gemeinden vor, die ihre Perimeter vergrößern wollen zugunsten von "zones artisanales", beispielsweise. Von der Reform der Gemeindefinanzen erhoffen wir, daß sie diese Logik endlich durchbricht.

Hier muß Klarheit geschaffen werden, denn ich will nicht dauernd, wie in meiner Rolle als Umweltminister, als Neinsager dastehen, als derjenige der ein Projekt ablehnen muß, nachdem mehrere Instanzen vorher ihre Zustimmung gegeben haben. Wenn die sensibelsten Zonen, dort wo die Gefahr am größten ist, erstmal festgelegt sind...

"forum": Sehen Sie da regionale Prioritäten, wie beispielsweise zuerst im Süden des Landes, solche Tabuzonen festzulegen?

Alex Bodry: Nein, ich würde das rein vom Naturschutzaspekt her angehen, unabhängig davon, wo das schützenswerte Gebiet liegt. Ich habe auch die Forstverwaltung gebeten, mir konkrete Vorschläge zu machen. Eine erste Liste liegt vor, ein Teil der Arbeit wird von denen selbst gemacht, dann wird noch ein Bureau d'Etudes mit der Verfeinerung beauftragt und dann wird auf Regierungsebene auch noch darüber debattiert werden müssen. Dieser Kampf ist noch nicht gewonnen.

Carlo Schmitz



"forum": Was passiert in Fällen der Interessenkollision? Wie wird da abgewogen? Wer vermittelt?

Alex Bodry: Obwohl das im Ausland vielfach auch so gehandhabt wird, haben viele kritisiert, daß die Landesplanung mit dem Umweltschutz zusammengeknüpft worden ist. Argument war, daß der Umweltschutz parteiisch ist und die Landesplanung eine eher neutrale Instanz sein soll. Wir haben immer versucht, beides auseinanderzuhalten, auch was das Personal betrifft. Den Hauptvorteil, den ich in der augenblicklichen Trennung sehe, ist die Aufwertung, die die Landesplanung dadurch erfährt. Ist die Landesplanung mit einem anderen Ressort zusammen, riskiert sie durch den stärkeren Part erdrückt zu werden. Das war der Fall jetzt gegenüber dem Umweltschutz und früher gegenüber den Finanzen.

Das Landesplanungsministerium hat keine Schiedsrichterfunktion, es steht nicht über den anderen Ministerien. Es entspricht halt dem Aufbau unseres Staates, daß die Ministerien, die Minister gleichgewichtig sind. Falls Unstimmigkeiten bestehen, muß die Regierung als Ganze eine Entscheidung fällen.

Ich möchte noch auf einen wichtigen Punkt hinweisen, der ganz neu ist: Die Raumplanung hat ein neues Ausführungsinstrument erhalten, die Naturparks. Die Regierung hat am letzten Freitag (dem 18. Oktober, die Red.) entschieden, daß die Einrichtung eines Naturparks nicht, wie es auch möglich gewesen wäre, in die Kompetenz des Umweltministers sondern in diejenige der Landesplanung gestellt wird. Der gesetzliche Rahmen für Naturparks sieht vor, daß der Ansprechpartner für die betroffenen Gemeinden - der erste ist der Naturpark Obersauer, weitere werden in den nächsten Jahren folgen, wahrscheinlich ein Naturpark Our - das Ministerium für Landesplanung ist. Darin sehe ich auch die Willensbekundung, der Landesplanung nach außen größeres Gewicht geben zu wollen. Die Einrichtung eines Naturparks tangiert nicht nur den Naturschutz sondern auch die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen und die diesbezüglichen Aktivitäten müssen kompatibel bleiben.

"forum": Wir danken Ihnen für dieses Gespräch. Die Fragen stellten Liette Mathieu und Dominique Schlechter.